

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/214

7. November 1975

Fragen an die Sozialdemokratie

Notwendige Anmerkungen zum Parteitag in Mannheim

Von Bruno Friedrich / Mitglied des Partei- und des
Fraktionsvorstandes der SPD

Seite 1 bis 3a / 153 Zeilen

Der reaktionäre Kniefall des Prof. Biederkopf

CDU-Generalsekretär verrät seine eigenen Mitbestim-
mungs-Empfehlungen

Von Wilhelm Dröcher / Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 4 und 5 / 57 Zeilen

Mitleid mit einem Kandidaten

Selbstentmannung Dr. Kohls im Fernsehen

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB / Mitglied des Vor-
standes der SPD

Seite 5a / 40 Zeilen

Die Union demonstriert ihr historisches Versagen

Über die Fehltaktik des F. J. Strauß in Sachen Polen-
Abkommen

Seite 6 / 40 Zeilen

Die EG bekommt einen Europäischen Rechnungshof

Verwirklichung einer höchst notwendigen Regelung

Von Horst Gerlach MdB / Mitglied des Haushaltsausschus-
ses des Europäischen Parlaments

Seite 7 / 27 Zeilen

Die Glosse des SPD-Pressedienstes

Start zur christlichen Internationale

Seite 8 / 26 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 400
Preschewe 1, Zentrale 217-204
Telefon: 02 28 37-30
Telefax: 02 28 501-40 jpbm d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 109-112, Telefon: 37 06 11

Fragen an die Sozialdemokratie

Notwendige Anmerkungen zum Parteitag in Mannheim

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des Partei- und des Fraktionsvorstandes der SPD

Die Entscheidungen des Parteitages in Mannheim 1975 sind mehr als Vorentscheidungen für das Regierungsprogramm der Bundestagswahl. Die innerparteiliche Diskussion der SPD bewegt sich meist in mehrere Parteitage umfassenden Zyklen: 1954, in Berlin, wurde die Programmkommission für das fünf Jahre später, 1959, beschlossene Godesberger Grundgesetzprogramm berufen. Godesberg war identisch mit einer bis dahin unvorstellbaren Öffnung der SPD zur Gesellschaft. 1975 in Mannheim soll die 1970 in Saarbrücken begonnene Diskussion um den "Orientierungsrahmen" abgeschlossen werden: ein Prozeß, der, wie über 1.000 Anträge zum OR '85 beweisen, die Kräfte der Partei fast ausschließlich auf die innerparteiliche Diskussion konzentrierte. Anders, als in der Zeit innerparteilicher Diskussionen zwischen 1901 und 1906, hatte sich die SPD zwischen 1970 und 1975 zugleich als Regierungspartei zu bewähren und zu behaupten.

Die Periode zwischen dem Ordentlichen Parteitag der SPD von Hannover 1973 und dem Parteitag von Mannheim bedeutet eine tiefe Zäsur in der Geschichte der Partei. 1972, nach der Bundestagswahl, schienen die Weichen für die absolute Mehrheit der SPD im Bundestag gestellt. Diese Erwartung trug: Denn die Richtung änderte sich rasch. Warum ist die SPD heute, vor Mannheim, eine Partei, die es nötig hat, klare Konturen herauszuarbeiten, damit jeder wählende Bürger wisse, für wen und für was er sich entscheidet?

Die Ursachen sind verschieden. Es ist dies zuerst die Wirtschaftskrise der ganzen Welt; es ist dies der Rücktritt des Parteivorsitzenden Willy Brandt als Kanzler, was verkraftet sein wollte, denn Willy Brandt hat die SPD von 31,8 vH auf 44,9 vH geführt; und schließlich als Drittes, geriet die SPD in einen als Generationskonflikt begonnenen programmatischen Zielkonflikt, der, anders als bei der Diskussion um das Godesberger Programm, mehr in der SPD selbst als von der SPD mit der Gesellschaft geführt worden ist, ein Konflikt, der zwar die SPD, nicht aber die Gesellschaft bewegt hat. Eine progressive und zugleich demokratische Massenpartei muß aber mit ihren großen Themen die Massen bewegen. Die Frage, was am "Orientierungsrahmen" die Massen bewegt, wohin sie durch den OR '85 bewegt werden, kann sich die SPD in Mannheim nicht ersparen.

Die Ölkrise des Herbstes 1973 hat ein neues Zeitalter eingeläutet, dessen Heraufkommen der sehen konnte, der sehen wollte. Das Tempo dieser Entwicklung haben auch wir unterschätzt. Die Europäer haben lernen müssen, daß ihre Macht sterblich ist. Die Öl- und Rohstoffpreise zeigen, daß auch

der ökonomische Vorsprung Europas vor der übrigen Welt zunehmend schmilzt. Es gibt noch kein klares Bild einer künftigen Welt, aber wir werden die europäische Denkweise, die über viele Jahrhunderte hinweg in der Welt geistigen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbruch bedeutete, nicht als globales Kultur- und Zivilisationsmonopol erhalten können. Die neuen, souverän gewordenen Staaten verlangen zugleich nach wirtschaftlicher und sozialer Gleichberechtigung. Im Zeichen dieser Forderungen wird die Struktur einer neuen Weltwirtschaftsordnung stehen. Die SPD muß diesen Prozeß bejahren, fördern und vorentreiben. "Alle Völker müssen die gleiche Chance haben, am Wohlstand der Welt teilzunehmen", heißt es in den Grundforderungen des Godesberger Programms.

Was ist dem Sozialismus in seinen bisherigen Denkstrategien angesichts dieser Entwicklung für ein Wert zuzumessen? Ist er tatsächlich ein globaler Wert? Sind wir in unserem Staat Bundesrepublik Deutschland nicht eine Wohlstandsminderheit, eine Wohlstands-Insel gegenüber der Armut, dem Haß, der Grausamkeit in der Mehrheit der Staaten unserer Welt? Ist dies die Stunde der Konservativen? Haben jene recht, die sich in die politisch unbesetzte Zone des Privatlebens zurückziehen und darauf achten, daß sie für niemanden als für sich selbst und die eigene Laufbahn Verantwortung tragen? Gibt es noch Verantwortung für den anderen, für die Gemeinschaft?

Hier ist die Gefahr, von der in der Bundesrepublik auch die Sozialdemokratie erdrückt werden könnte. Sind wir dabei, einen Zwei-Klassen-Sozialismus zu errichten: den Sozialismus des Wohlstandes und den Sozialismus der Armut? Einen Sozialismus der Freiheit und einen Sozialismus der durch die sozialen Verhältnisse erzwungenen Diktatur? Wo ist da die Brücke der Solidarität, auf der wir uns begegnen? Damit ist angedeutet, was wir brauchen. Einmal war demokratischer Sozialismus der Versuch, die Ordnung des eigenen Landes zu bestimmen. Dies ist ein heute nicht hinreichendes Kriterium, Sozialismus zu definieren. Hier ist die Grenze für den QR '85.

Man kann, man muß oft, um einem Ziel nahezukommen, ein unerreichbares, ein utopisches Ziel formulieren. Aber es gibt mit Sicherheit keine durch Ökonomie bewirkte mechanistische Umwandlung der zertrittenen Menschheit in ein harmonisiertes Menschengeschlecht, wie es die Sozialdemokraten des Erfurter Programms von 1891 zu sehen meinten, als sie sagten, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel bedeute die Befreiung des ganzen Menschengeschlechtes. Wir sind bescheidener geworden. Skeptischer durch Erfahrung. Es gibt Zeiten, in denen der Fortschritt nichts ist als die Verhinderung des Rückfalls in die Barbarei.

Damit bin ich beim Grundproblem des Parteitages der SPD 1975 in Mannheim. Wir haben keine auf Papier entworfenen Patentlösung für eine künftige Welt. Wir haben auch keine Patentlösung für die künftige Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik. Aber wir müssen es auch ablehnen, gegenüber der Tatsache blind zu sein, daß die Wandlungen der Welt von uns - von unserer staatlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Ordnung - verlangen, daß wir manches ändern. Wovor wir uns (als Partei mit einem politischen Gegner) hüten müssen,

ist, daß wir notwendige Überlegungen und Diskussionen bereits in den Rang der Endgültigkeit erheben, ehe wir voll und ganz die Konsequenzen neuer Weichenstellungen übersehen. Wir müssen zwischen notwendiger politischer Diskussion über die Zukunft und dem nächsten notwendigen politischen Schritt in der praktischen Politik unterscheiden.

Die SPD muß in der zentralen Frage ihres Selbstverständnisses darauf achten, daß das Wesentliche ihrer Entscheidung von Godesberg, das Zusammenführen von Theorien und Praxis, nicht aufgehoben wird. Das Wirken in der praktischen Politik kollidierte Jahrzehnte hindurch mit dem gesteckten Endziel, und ließ deshalb der Mißdeutung durch den politischen Gegner breiten Raum. Wir müssen uns vor Begriffen mit Ausschließlichkeitscharakter hüten, oder vor der Gefahr, daß häufig verwendeten Begriffen Ausschließlichkeitscharakter zugemessen wird. Das Wort "Lohnabhängiger" kann heute einen falschen Weg weisen, weil wir dem Arbeitnehmer die Notwendigkeit, für Lohn arbeiten zu müssen, nicht ersparen können. Ein falscher Begriff, weil der Grad der Abhängigkeit heute eben nicht mehr allein vom Lohn und der damit verbundenen Möglichkeit des Konsums bestimmt wird; konstitutiv für unsere Gesellschaft ist die Freiheit des Arbeitnehmers von sozialer Not durch die von uns geschaffene Qualität unserer sozialen Ordnung, auch die Tatsache, daß Gewerkschaften, Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmung helfen, den bisher Lohnabhängigen in den mündigen Bürger einer Wirtschaftsdemokratie zu verwandeln. Es ist logisch, daß die Anhänger eines Staatskapitalismus Wirtschaftsdemokratie ablehnen und bekämpfen.

Von größter Bedeutung für die Diskussion des Mannheimer Parteitages, für seine Ausstrahlungskraft wird die Fähigkeit der SPD sein, ob sie in ihren theoretischen Erörterungen über die Praxis einer besseren Wirtschaftspolitik etwas zu sagen haben wird zu dem Problem, das zum Hauptproblem des Arbeitnehmers geworden ist: die Sicherheit seines Arbeitsplatzes. Heben wir dazu nichts zu sagen, dann werden wir in den Augen der Arbeitnehmer als ihre Existenzprobleme nicht begreifende Politiker die Szene des Mannheimer Parteitages verlassen.

Kann die SPD mit ihren inneren Spannungen zwischen Theoretikern und Praktikern, den für die tägliche Politik Verantwortlichen, Regierungspartei bleiben? Ausgehend davon, daß die SPD den Willen hat, eine progressive Partei zu sein, müssen wir es bejahen, daß immer wieder der Konflikt auf-

bricht zwischen denen, die über die Zukunft nachdenken und denen, die im Auftrag unserer Bürger für die SPD regierende Verantwortung tragen.

Dies kann die SPD durchsetzen, wenn beide Seiten, die wir nicht fälscherweise als Ausgangsposition für linke und rechte nehmen dürfen, sich ergänzen und sich nicht im innerparteilichen Konflikt gegenseitig in der öffentlichen Glaubwürdigkeit zerstören. Die in die Zukunft Schauenden und die für die Gegenwart Verantwortlichen dürfen nicht Gegner sein: sie sind aufeinander angewiesen.

Ohne uns zu wichtig zu nehmen: Der Ausgang der Wahlen 1976 in der Bundesrepublik Deutschland wird mitentschieden, ob der demokratische Sozialismus im historischen Augenblick des Heranreifens einer neuen Weltordnung eine Mitgestaltungsmöglichkeit besitzt. Ohne Überheblich zu sein: Seit 1969, seit Willy Brandt als Kanzler der sozialliberalen Koalition seine Friedenspolitik begann, und auch jetzt, durch Helmut Schmidt, der in der Zeit weltweiter Wirtschaftskrise die Garantie der sozialen Sicherheit mit der Fähigkeit der Krisenbewältigung verbindet, hat sozialdemokratische Politik weltweit den Rang einer beispielhaften Politik.

Willy Brandt mußte - mit Walter Scheel - gegen ein ganzes Jahrhundert deutsch-nationaler außenpolitischer Verirrung anämpfen. Die SPD hat ihn dabei getragen, und wir haben diesen Kampf gewonnen. Helmut Schmidt hat unser Volk, unseren Staat durch das Tal einer tiefen Weltwirtschaftskrise zu führen, die nicht wir verschuldet haben. Nichts ist verlogener als der Vorwurf, soziale Reformen seien es, die uns in diese Situation gebracht hätten. Weil wir seit 1969 soziale Reformen durchgesetzt haben, kann die soziale Krise zum erstenmal nicht den kleinen Leuten auf den Rücken gepackt werden.

Es kann kein Zweifel sein, daß wir nach Mannheim eine Partei sein müssen, die geschlossen ihr Ziel anstrebt. Wir werden jene hinter uns lassen müssen, die die intellektuelle Resignation als Geistesverfassung gewählt haben, weil ihnen der Weg der schrittweisen Reform ein zu mühsamer Weg ist. Diese Art der Resignation, ist sie nicht gleichbedeutend mit einer elitären Feigheit vor der Welt, so wie sie wirklich ist? Um eine Sache auch nur einen Schritt politisch voranzubringen, bedarf es oft äußerster Anstrengungen. Jahrzehntlanges Warten, das Schicksal vieler Generationen der Arbeiterbewegung blieb der SPD der 70er Jahre erpart. Das ist noch kein Grund, zu vergessen, daß es demokratischen Sozialismus als prägende Kraft in diesem Lande nur gibt, wenn die Sozialdemokraten ein Machtfaktor bleiben. Das Neue, das die SPD geschaffen hat, muß von Dauer sein. Wir haben die Solidarität unserer Arbeit zu beweisen.

(-/7.11.1975/wi/ee/pr)

(Co: "Die Neue Gesellschaft" / Auszüge aus dem Gesamttext)

+ + +

Der reaktionäre Kniefall des Prof. Biedenkopf

CDU-Generalsekretär verrät seine eigenen Mitbestimmungs-Empfehlungen

Von Wilhelm Drächer
Mitglied des SPD-Präsidiums

Der CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf richtet sich wie sein Vorsitzender Dr. Helmut Kohl nunmehr ganz auf die Linie von Franz Josef Strauß aus. Nachdem er nach den Querschlägern aus Bayern das Ahlener Programm wie eine heiße Kartoffel fallen ließ, geht er jetzt in Stellung gegen den Antrag auf dem Mannheimer Parteitag der SPD, wonach die paritätische Mitbestimmung in den SPD-eigenen Unternehmungen eingeführt werden soll.

Dieser Schuß geht unmittelbar gegen die Interessen der betroffenen Redakteure, Drucker und Setzer sowie ihrer Gewerkschaft. Sie begrüßen die Mitbestimmungskonzeption in Form von Tarifvertragsentwürfen, die von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der Betriebsräte aus SPD-eigenen Unternehmen, der IG Druck und Papier und des AfA-Bundesvorstandes in Übereinstimmung mit den Geschäftsleitungen der Betriebe und der Deutschen Druck- und Verlags-Gesellschaft (DDVG) erarbeitet und von mir auf der Betriebsrätekonferenz am 31. Oktober in Düsseldorf vorgetragen worden ist.

Die Unglaubwürdigkeit der Position des CDU-Generalsekretärs im Kräftespiel und Machtkampf innerhalb der Unions-Parteien kann man aus der Art der Vergangenheitsbewältigung von Prof. Biedenkopf ersehen. Denn im Bericht der Mitbestimmungskommission aus dem Jahre 1970, der sog. Biedenkopf-Kommission, ist eine sehr weitgehende Empfehlung zur Einführung der Mitbestimmung im Bereich der sog. Tendenzbetriebe enthalten. Dort heißt es zur Frage, ob eine Ausnahme für sog. Tendenzbetriebe bezüglich der Anwendung der vorgeschlagenen Mitbestimmungsregelung empfohlen werden soll: "Sie (die Kommission) ist zu dem Ergebnis gelangt, daß sich eine solche Ausnahme nicht mit Gründen vereinbaren ließe, aus denen sich die institutionalisierte Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Unternehmen recht-

fertige". Und als Konsequenz empfahl die Kommission, "auf eine Ausnahme für Tendenzbetriebe oder Tendenzunternehmen zu verzichten".

Die heutigen Biedenkopfschen Unterstellungen, die SPD-Vorstellungen in dem für den Mannheimer Parteitag vorgelegten Antrag zur Mitbestimmung in den SPD-eigenen Betrieben bedrohten die Pressefreiheit, sind daher eher eine Selbstschutzmaßnahme des CDU-Generalsekretärs vor Franz Josef Strauß, vielleicht um sich von der eigenen Mitbestimmungs-Vergangenheit freizukaufen.

Prof. Biedenkopf kann sich offenbar die Mitbestimmung im Machtkampf mit Strauß nicht mehr leisten. Äußerungen wie des medienpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Professor Dr. Klein, die Bildung von Wirtschaftsausschüssen in Tendenzbetrieben seien diskutabel und dafür würde man auch eine Einschränkung des Tendenzschutzes in Kauf nehmen, sind offenbar Unbedachtsamkeiten, die man nicht länger ernst nehmen muß. Die CDU ist für die bedingungslose Aufrechterhaltung des Status quo.

Für die SPD ist Medien- und insbesondere Pressepolitik auch ein Stück Mitbestimmungspolitik. Angesichts der wirtschaftlichen Krisensituation im Druck- und Verlagsbereich wollen wir tarifvertretlich sicherstellen, daß den im SPD-eigenen wirtschaftlichen Unternehmensbereich Beschäftigten und ihren Betriebsräten auch optimale Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte eingeräumt werden. Unsere Mitbestimmungsvorstellungen zielen auch ab auf Mitverantwortung durch die Arbeitnehmer. Denn nur in Gemeinsamkeit von Geschäftsleitungen und Arbeitnehmern können unsere Betriebe durch die wirtschaftliche Krisensituation geführt und ein Maximum an Arbeitsplätzen gesichert werden. Daß die SPD hier als Partei der Arbeitnehmer eine besondere Verpflichtung hat, wissen wir. Deshalb wollen die dem Parteivorstand für die parteieigenen wirtschaftlichen Unternehmensbereiche verantwortlichen Geschäftsleitungen dazu beitragen, daß die Vorstellungen der SPD zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer und zur Medienpolitik in den parteieigenen Unternehmen vorbildlich und modellhaft verwirklicht werden.

(-/7.11.1975/bgy/pr/e)

+ + +

Mitleid mit einem Kandidaten

Selbstenttennung Dr. Kohls im Fernsehen

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB
Mitglied des Vorstandes der SPD

Dem Bayerischen Rundfunk ist Dank zu sagen. Denn spätestens seit der "Fernsehdiskussion" des Donnerstagabends weiß man, aus welchem Holz der Kanzlerkandidat der Opposition geschnitzt ist. Dr. Helmut Kohl hat mit aller wünschenswerten Klarheit ausgeführt, wie er seine Rolle versteht. Oder besser: Wie er sie nicht versteht. Der amtierende Kanzlerkandidat der Unions-Parteien schafft sich keine Handlungsspielräume. Nein, er beansprucht lauthals für sich das Aktionsfeld, das ihm andere gerade eben noch zugestehen.

Drei höchst bemerkenswerte Beispiele lieferte Helmut Kohl den fernsehenden Bürgern frei ins Haus:

1/ Der Kanzlerkandidat ist nach eigenem Eingeständnis von dem Brief des CSU-Vorsitzenden F.J. Strauß zum Polen-Abkommen nun doch "überrascht" gewesen. Wie ernst soll man da noch das vereinte Dementi der Sprecher beider Unions-Parteien nehmen, die alle Berichte über Kohls Befremden in dieser Angelegenheit empört ins Reich der Fabel verwiesen haben?

2/ Der Kanzlerkandidat nimmt auch für sich beileibe keine Richtlinienkompetenz in Anspruch. Ganz im Gegenteil. Er sieht seinen Führungsstil als "Beraterfunktion". Aber wen berät er denn? Ist es Strauß, dann scheint der CSU-Vorsitzende von dieser Art "Moderation" nicht sonderlich viel zu halten. Die jüngsten Aktionen aus Bayern beweisen es.

3/ Der Kanzlerkandidat wird von abgründigen Visionen befallen, wenn das Menetekel der vierten Partei auf Bundesebene an die Wand gemalt wird. Aus seinen "laufenden Gesprächen mit F.J. Strauß" glaubt er nicht entnehmen zu können, daß eine bundesweite CSU ins Haus steht. Wie sollte er auch. Strauß würde sich mit ihm darüber kaum vorher beraten, zumal ja auch er den Beschluß des CDU-Vorstandes kennt, nach dem eine neue, ohne Einvernehmen mit der CDU auf deren Gebiet agierende Partei von den Christdemokraten als Gegner betrachtet wird. Daher wird auch verständlich, daß Kohl nicht mit der Sprache heraus will, ob dann die CDU, was nur konsequent wäre, auch in Bayern antreten würde.

Fazit: Die Unions-Parteien haben einen Kanzlerkandidaten gekürt, der sorgfältig darauf bedacht ist, Strauß nur ja nicht auf die Füße zu treten, und der doch ständig Nackenschläge hinnehmen muß. Eigentlich muß man Mitleid haben mit Dr. Kohl. Darüber hinaus fragen sich besorgte Demokraten hierzulande, was aus diesem Staat Bundesrepublik würde, wenn das Gespann Strauß-Kohl an die Regierung käme. Denn schon als Oppositions-Parteien ist mit CSU und CDU kein Staat zu machen.

(-/7.11.1975/bgy/pr/e)

+ + +

Die Union demonstriert ihr historisches Versagen

Über die Fehlpolitik des F. J. Strauß in Sachen Polen-Abkommen

Das umfangreiche Vertragswerk, mit dem die sozial-liberale Regierungskoalition das chaotische Trümmerfeld im Verhältnis zwischen Bundesrepublik und Osteuropa zwar nicht in einen blühenden Garten, aber doch in geordnet strukturiertes Terrain umwandeln konnte, hat dem Pioniergeist der frühen siebziger Jahre die nüchterne Stimmung des politischen Alltags folgen lassen. Diese vorhersehbar, ja angestrebte Entwicklung der Normalisierung ging angesichts der im Daten enthaltenden Starrheit und Kleinlichkeit freilich bei vielen nicht ohne Frustrationen ab.

Die von dem Erneuerungsprozeß Ostpolitik ins Abseits verwiesene oppositionelle Union witterte eine Chance zur Lageverändernden Gegenoffensive. Die Schlachtrufe von gestern und vorgestern schienen ihr wieder zugkräftig. Aber sie hatte das doch eher von Sachlichkeit und Geschäftsmäßigkeit als Enttäuschung bestimmte neue Klima genauso falsch eingeschätzt wie zuvor die Aufbruchstimmung in der Bevölkerung. In direktem Zusammenhang mit ihrer Fehlstrategie zeichnet sich gegenwärtig ein bemerkenswertes Phänomen ab.

Die jüngsten Vereinbarungen der Bundesregierung mit Polen schienen zunächst auch bei ihren Befürwortern fast nur auf das geschäftsmäßige Interesse an dem nützlichen Ergebnis vernünftiger und zäher Arbeit zu stoßen. Die noch immer weit über die Norm außenpolitischer Routine hinausgreifende Bedeutung der Abmachungen - ihre statistisch nur andeutbaren humanitären Auswirkungen, das Faktum des endgültigen Abschlusses der materiellen Seite eines geschichtlichen Kapitels, das nicht "geregelt", schon gar nicht vergessen, sondern nur auf politischer Basis für beendet erklärt werden kann - schien indessen kaum mehr öffentliche Beachtung zu finden. Jetzt sind die Perspektiven wieder weiter geworden.

Die maßlose Polemik aus der Union, namentlich des CSU-Vorsitzenden Strauß, rissen aus der Haltung abgeklärter Detailsicht und auch Gleichgültigkeit heraus und lenkten den Blick wieder auf die Konturen eines Projektes von historischen Dimensionen, das, wie plötzlich augenfällig wurde, ja keineswegs schon perfekt oder auch nur unbedroht ist. Gewiß sind die Parolen, mit denen Strauß gegen die Vereinbarungen mit Polen agitiert, eine Gefahr für das gesamte Werk der Aussöhnung. Aber das frivole Spiel, das er mit dem Schicksal von 125 000 Menschen spielt, und die unwürdige, an engstirnigen Egoismen orientierte Taktik, die noch genau wie vor drei Jahren, als Barzel unterging, die Haltung der CDU/CSU in solchen für die demokratische Glaubwürdigkeit unseres Staates entscheidenden Fragen diktiert, öffnete doch so manchem Zeitgenossen die Augen über Qualität und Format dieser "Alternative" zum sozial-liberalen Bündnis.

Den Makel des Versagens in geschichtlicher Größenordnung wird die Union nicht so leicht überdecken können.

Claus Preller
(-/7.11.1975/wi/ee/pr)

+ + +

Die EG bekommt einen Europäischen Rechnungshof

Verwirklichung einer höchst notwendigen Regelung

Von Horst Gerlach MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments

Die Schaffung eines Europäischen Rechnungshofes ist aus europäischer wie auch aus nationaler Sicht zu begrüßen. Der bisher tätige Kontrollausschuß der Europäischen Gemeinschaft hat seine Kontrollen nur unter erheblichen Einschränkungen durchführen können, weil er gegenüber den Organen und Institutionen der Europäischen Gemeinschaft nur sehr unzureichend mit eigenen Befugnissen ausgerüstet war. Zwar hat die EG-Kommission auf Drängen des Europäischen Parlaments dem Kontrollausschuß in den letzten Jahren einige zusätzliche Kompetenzen eingeräumt, bei der Kontrolle an Ort und Stelle wurde die Tätigkeit des Kontrollausschusses aber durch verschiedene Mitgliedstaaten eingeschränkt. Der vorliegende Vertragstext würde diese Schwierigkeiten weitgehend ausräumen.

Ein wichtiger Gesichtspunkt der neuen Änderungen und Ergänzungen der Gemeinschaftsverträge ist auch das Recht des Europäischen Rechnungshofes, die Hilfe der nationalen Rechnungshöfe beanspruchen zu können; die nationalen Rechnungshöfe werden nun verpflichtet sein, mit dem Europäischen Rechnungshof zu kooperieren.

Außerdem ist das Recht der Europäischen Rechnungsprüfung wirksam ergänzt worden: Die bisher übliche Kontrolle "a posteriori" soll nun, wo notwendig, durch eine begleitende Kontrolle unterstützt werden.

Es war leider nicht möglich, in die neuen Vorschriften auch eine Geschäftsordnung für das Präsidium des künftigen Europäischen Rechnungshofes aufzunehmen. Dies soll nach der Konstitution des Präsidiums diesem selbst vorbehalten bleiben. Das Europäische Parlament wird sehr sorgfältig die Einsetzung und den Anlauf der Tätigkeiten des Europäischen Rechnungshofs beobachten. Es wird ihn, wenn nötig, dabei unterstützen, daß er mit seinen Aktivitäten der vielfach neuen und außerordentlich schwierigen Aufgabe gerecht werden kann.

(-/7.11.1975/va/ee/pr)

Die Glosse des SPD-Pressedienstes

Start zur christlichen Internationale

Zwischen der CDU und der CSU sind, über die Mainliniengrenze hinweg, erstmals seit Bestehen dieser Parteien offizielle Partnerschaftsbeziehungen geknüpft und besiegelt worden. Der Kreisverband Starnberg der Christlich-Sozialen Union des Franz Josef Strauß und der Kreisverband Warendorf der Christlich-Demokratischen Union des Dr. Helmut Kohl wollen über rd. 400 Kilometer hinweg "enge Verbindungen schaffen", indem sich die Unions-Honoratioren aus Oberbayern und Westfalen gegenseitig besuchen und miteinander politische Probleme erörtern, die beide Gruppierungen möglicherweise sogar gemeinsam interessieren.

Das offenbar weghalsige Unternehmen, Bayern mit Westfalen wenigstens sporadisch an einen Tisch zu bekommen, ist aber keineswegs, wie man bundesrepublikanisch naiv glauben sollte, eine einfache innerdeutsche oder maximal zwischen-stämmige Aktion. Weit gefehlt: Der Starnberger CSU-Kreisvorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Ludwig Bergschneider, sieht darin eine bisher noch unikale Großtat, die er vergleicht mit Beziehungen seiner Partei, also der Strauß-geführten CSU, mit "befreundeten Organisationen im Ausland". Und damit aber auch jeder Bundesbürger genau begreift, um was es dabei wirklich geht, meint der Starnberger Jurist trauerherzig, daß auch die SPD "so etwas Ähnliches" habe: "die Sozialistische Internationale".

Mein Gott, Ludwig! Man sieht den rechtsbeschlagenen Großpolitiker so richtig vor sich bei seinem Sprung aus dem Staate Bayern in den Staat Westfalen und von der CSU zur Auslands-Partnerin CDU! Und wie bei der SPD, sagt Ludwig: Der Start zur christlichen Internationale ist gelungen! Bayern und Westfalen Hand in Hand - christliche Partner über alle trennenden Grenzen hinweg und hinaus! (e/7.11.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller